Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 166 Abendblatt. Montag, den 8. April. 1867.

Deutschland.

Berlin, 6. April. (Norddeutscher Reichstag.) 28. Sitzung. (Schluß.) „Art. 58. Zur Bestreitung des Aufwandes für das gesammte Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind dem Bundes-Feldherrn jährlich soviel mal 225 Thaler, in Worten zweihundert fünf und zwanzig Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Art. 56 beträgt, zur Verfügung zu stellen. Vergl. Abschnitt XII.

Die Zahlung dieser Beiträge beginnt mit dem ersten der Monats nach Publikation der Bundes-Verfassung."

Zu dem Artikel liegen folgende Anträge vor: 1) Von den Abgg. Duncker und Waldeck: den Art. 58 zu streichen; 2) von den Abg. von Forckenbeck und Gen.: Zu Art. 58 hinter dem Worte: „Einrichtungen sind" einzuschalten: „bis zum 31. Dezember 1871"; 3) von den Abg. Kratz: Im Art. 58 hinter den Worten „Einrichtungen sind" einzuschalten: „bis zum 31. Dezember 1869" und nach dem zweiten Alinea hinzuzufügen: „Die Höhe der Ausgaben für das gesammte Kriegswesen des Bundes wird für die Zeit vom 1. Januar 1870 ab jährlich durch das Bundesetat-Gesetz festgestellt." 4) Von dem Abg. Freiherrn v. Moltke: Der Reichstag wolle beschließen: dem Art. 58 folgenden Zusatz hinzuzufügen: Bis zum Erlasse eines abändrrnden Bundesgesetzes sind die bestehenden Beiträge fortzuerheben. Ebenso bewendet es bis dahin bei dem durch Art. 56 festgesetzten Prozentsatz der Bevölkerung der Bundes-Staaten." 5) Von dem Abg. Fürst zu Solms. Der Reichstag wolle beschließen: nach Art. 58 einen Zusatz-Artikel einzuschalten, folgenden Inhalts: Art. 58 a. Die nach der Kopfzahl der Friedensstärke des stehenden Heeres berechneten Beiträge (Art. 58) werden nach Ablauf von je 7 Jahren im Wege der Bundesgesetzgebung von Neuem festgestellt. Die bestehenden Beiträge sind bis zum Erlaß eines abändernden Bundesgesetzes underändert fortzuerheben. 6) Von dem Abg. Frhrn. v. Vincke (Olbendorf). Der Reichstag wolle beschließeu: nach Artikel 58 einen neuen Artikel einzuschalten, wie folgt: Art. 58 a. Die auf Grundlage der Art. 55, 56, 57 und 58 am 31. Dezember 1871 gesetzlich bestehende Organisation des Bundes-Heeres wird der weiteren Vereinbarung des Militär-Budgets des Bundes zum Grunde gelegt. Bei der Spezial-Diskussion erhält zunächst das Wort der Abg. **Wagner**: Der Abg. von Forckenbeck hat gesagt: bis hierher und nicht weiter. Auch für die konservative Partei giebt er eine Grenze, die sie nicht überschreiten darf. Ich will die Frage militärisch, politisch und finanziell beleuchten. In militärischer Hinsicht folge ich ohne Bedenken unserem von Europa bewunderten Generalstabschef. In politischer Hinsicht werde ich lediglich von der deutschen Einheitsfrage sprechen. Die deutsche Einheit hat uns kein Parlament gebracht, sonden die preußische Armee. Die deutsche Einheit besteht jetzt in der Einheit der Armee. Sie werden mit der Einheit der Armee auch die Dauer des norddeutschen Bundes auf drei Jahre beschränken! Das ein Parlament es niemals wagen wird, die Heeresorganisation in Frage zu stellen, ist nach unseren Erfahrungen niemals zu behaupten. Es ist noch nie dagewesen, daß Uebergangs-Bestimmungen in eine Verfassungs-Urkunde aufgenommen worden, ohne zu sagen, wohin sie führen sollen. Das Dauernde haben Sie mit Hülfe der Forckenbeckschen Amendements beseitigt. Es handelt sich hier nicht um Wahrung des Budgetrechtes, sondern darum, ob das Parlament auch unbedingte Dispositionen über die Einnahmen erhalten soll. Nehmen Sie diese Amendements an, dann hört mit dem 31. Dezember 1871 die Bestimmung auf, daß die verbündeten Staaten 1 Prozent ihrer Bevölkerung und für jeden Soldaten 225 Thaler zu stellen haben. Damit verlieren wir jeden gesetzlichen Inhalt. (Sehr richtig!) Ihre Anerkennung der Reorganisation ist nicht viel werth, wenn Sie dieselbe wieder aufheben können. Wenn 1872 hieraus ein Konflikt entstehen sollte, so würde es sich darum handeln, ob der König oder das Parlament über das Heer disponiren soll. (Widerspruch, links; Bravo! rechts.) Der Abgeordnete für Wiesbaden hätte seine gestrige Mahnung durch sein Votum bestärken sollen. Dem Volke können Sie ohne Resultat nicht entgegentreten, es will seine Zinsen zahlen. (Bravo.)

Abg. **Knapp**: Ich will meinen Standpunkt bezeichnen. (Präsident bemerkt dem Redner, daß dies nicht zur Sache gehöre.) Gerade hier ist das Entgegenkommen des Reichstages nothwendig und ich glaube, daß trotz der Ausführungen des Vorredners der vorliegende Antrag sich einer großen Majorität zu erfreuen haben wird. — Abg. v. **Steinmetz**: Es sind von jener Seite Versuche gemacht, die Armee herabzudrücken (Oho!) und Behauptungen aufgestellt, die zurückgewiesen werden müssen, weil sie einen Schatten erzeugen. Wäre das nöthige Vertrauen zu der Regierung vorhanden, so würde es anders sein. (Oho!) Diese Herren sehen durch getrübte Gläser noch den alten Konstitutionalismus. Sie bezweifeln sowohl die nothwendige Stärke der Armee, wie sie auch die darauf zu verwendenden Kosten als von dem Lande unerschwingliche darstellen und besonders erklären sie die Armee für unproduktiv. Die beiden ersten Punkte hat der Abgeordnete v. Vincke (Olbendorf) gestern durch Zahlen widerlegt. Die Unproduktivität werde ich besprechen. M. H.! Das Geld bleibt durchaus nicht in der Armee, es fließt gleichsam wie ein befruchtender Regen (Heiterkeit links) auf die ganze Bevölkerung zurück, die mit der Armee in Verbindung tritt. Die Behauptung der Unproduktivität der Armee ist also unbegründet. (Heiterkeit.) Wenn uns nun unsere Armee davor bewahrt hat, daß wir nicht auf die Grenzen der Markgrafen von Brandenburg zurückgeführt sind, wollen Sie sie dann auch noch unproduktiv nennen? (Große Heiterkeit.) Gewähren Sie ohne Rückhalt die Titel für die Armee, damit dieselbe stets Vertrauen zu sich selbst habe. (Beifall). — Abgeordn. **Grumbrecht**: Ich bedaure, daß ich dem berühmten General, dem Sieger in Böhmen, jetzt nicht folge und ihm in einigen Punkten widersprechen muß. Ich würde dem Herrn Vorredner auf dem Schlachtfelde gern folgen, aber auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete könnte er wohl uns folgen. (Zustimmung links.) Der Hr. Abg. Wagener hat die Gegensätze so auf die Spitze getrieben, daß eine Vereinigung kaum möglich ist. Auch der Volksvertretung muß man ein bescheidenes Maß der Einwirkung auf diesem Gebiete gestatten. Man darf sich nicht leiten lassen blos durch Rücksicht auf den preußischen Verfassungskonflikt. Ein solcher Konflikt auf diesem Gebiet wird schwerlich wiederkehren. Ein Pauschquantum für die Armee ist bedenklich, es verleitet dieselbe zur Verschwendung. Der Finanzminister muß auch eine Kontrole über das Militärbudget erhalten. Eine große nationale Vertretung wird nie die Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes verweigern. Wenn Sie dem Reichstage die Befugniß, hier mitzureden, entziehen, so veranlassen Sie schwere Gefahren. — Der Präsident verliest ein Zusatz-Amendement des Abgeordneten Bennigsen, dahin gehend, den Antrag des Abg. v. Vincke (Olbendorf) zu fassen: Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1871 wird die gesetzlich bestehende Organisation des Bundesheeres der weiteren Vereinbarung des Militärbudgets des Bundes zu Grunde gelegt. — Abg. **Vincke** (Hagen): Meine frühere Opposition betraf die zweijährige Dienstzeit. Jetzt handelt sich die Hauptfrage um das Amendement Moltke. Es ist nicht zu leugnen, daß jetzt Deutschland in Europa prädominirt. Zu diesem Zwecke müssen wir das Institut der Armee dauernd machen. Man hat von Kompromissen gesprochen. Ich will ein dauerndes Kompromiß zwischen den Vertretern der reinen Volkswirthschaft und des Militärs herbeiführen. In England ist die Armee meist zur Parade da, weil das Land durch seine Lage unangreifbar ist. Der Herr Abg. Lasker hat gesagt, wir sollten der Zukunft vertrauen; möge er doch erst für seine eigene Existenz sorgen (Heiterkeit), damit er auch künftig in dieser Versammlung zu finden sei. Wenn der Abg. für Harburg meinte, der Konflikt hätte den Staat erschüttert, so bemerke ich, daß er im Gegentheil fester geworden ist. Es handelt sich hier nur um 10,000 Mann, die vom ganzen norddeutschen Bunde mehr aufgebracht werden sollen. Für Preußen tritt dabei im Verhältnisse zur seiner früheren Heeresstärke eine Verminderung ein; nur die kleinen Staaten werden mehr aufzubringen haben, weil sie jetzt nicht mehr von Preußen vertheidigt, sondern ihre Vertheidigung selbst mit übernehmen sollen. Darin liegt keine Vermehrung, die abschrecken könnte, sich diesen Ziffern anzuschließen. Die Ziffern müssen nicht blos für die nächsten Jahre, sondern für die ganze Zukunft bleiben, sonst wird das ganze System ruinirt. Ebenso ist es mit dem Prozentsatz. Sollte in späteren Jahren die Lage von Europa gestatten, daß eine Verminderung eintreten kann, wer hindert dann den Reichstag und die verbündeten Regierungen, mäßigere Anforderungen zu stellen. Das preußische Volk hat immer zur Regierung gestanden, nicht aber derjenige Theil der Volksvertretung, der die Gedanken des Volkes immer am besten zu verstehen behauptet, der kurz vor dem Ausbruch des Krieges der Regierung alle Mittel verweigerte. Dies werden Sie aus Folgendem sehen. (Redner verliest unter großer Heiterkeit und fortwährendem Rufen hört! hört! das Programm der Fortschrittspartei.) Lassen Sie uns der jüngsten Vergangenheit eingedenk sein, und sichern Sie das Ministerium zur Erhaltung unserer jetzigen Machtstellung. (Lebhaftes Bravo.) — Abg. Dr. **Falk** beantragt den Prozentsatz gelten zu lassen bis zum Erlaß eines abändernden Bundesgesetzes.

Abg. **Miquel** (gegen die Vorlage): Noch in keiner parlamentarischen Verhandlung habe ich so viel extreme Behauptungen gehört, wie heute; am meisten von dem Abg. v. Vincke. Mit allen diesen Behauptungen zeigt er weiter nichts, als daß er eben nicht zur liberalen Partei gehört, sondern zur absolutistischen. (Beifall links, Widerspruch bei den Altliberalen); ja, meine Herren, zur absolutistischen; denn diese Grundsätze des Herrn von Vincke wären ebenso gut anwendbar auf jeden andern Gegenstand des Bewilligungsrechtes, wie auf die Armee. Das von uns gestellte Amendement entspricht in Wahrheit der gegenwärtigen politischen Lage des norddeutschen Bundes; ohne Uebergangsstadium können wir nicht auskommen, wir müssen eine Zeit lang der Exekutive freie Hand lassen. Es wäre aber ganz fehlerhaft, aus der Nothwendigkeit der Uebergangszeit zu folgern, daß das Budgetrecht überhaupt vom Uebel wäre. Das Parlament wird immer mehr oder weniger eine unnatürliche Schranke im Verlust des Budgetrechts finden, und dasselbe, wenn es einmal bei außerordentlichen Bewilligungen in Anwendung kommt, hier schärfer ausüben, als bei anderen Verwaltungszweigen; es wird immer mit einer gewissen Mißgunst an die Sache gehen, das ist aber sehr bedenklich. Wenn der Kriegsminister einmal mit einer extraordinären Anforderung kommt, so wird man klare Nachweisungen über die Verwendung des Ordinariums verlangen, um zu sehen, ob dasselbe nicht ausreicht, und man wird das bis dahin verweigerte Recht leicht dadurch erzwingen, daß man extraordinäre Forderungen ablehnt. In Hannover haben wir wenigstens diese Erfahrung gemacht. Als durch die schlechte Verwaltung bei dem fixirten Budget die Armee in Verfall kam, eroberten sich die Stände durch die Verweigerung der extraordinären Forderungen das Budgetrecht wieder. — Wir können unmöglich auf den Hauptheil des Budgetrechts verzichten, ohne das Ganze dadurch zu vergeben. Wir opfern manche Lieblingswünsche, um den großen Zweck zu erfüllen; was wir uns zutrauen, müssen wir aber auch unseren Nachfolgern zutrauen; wir stimmen nicht mit Herrn v. Vincke überein, der wohl dem Volke, nicht aber den Volksvertretern trauen will. Unsere ganze politische Anschauung beruht auf dem Vertrauen zu den Vertretern der Nation zu aller und jeder Zeit. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem der Abg. Fürst **Solms** sein Amendement unter großer Unruhe des Hauses motivirt, verlangt das Wort der Bundes-Kommissar v. **Roon**. Ich nehme das Wort, nur um einige extreme Behauptungen zu berichtigen. Der Herr Abgeordnete Grumbrecht hat gesagt, daß durch die Pauschbewilligung dem Finanzminister die Kontrole der Militärverwaltung entzogen werde. Der Kriegsminister, meine Herren, giebt ohne den Finanzminister nicht einen Pfennig aus und ihre Verhandlungen spinnen sich oft lange aus, bis sie sich über den Etat der Militärverwaltung verständigt haben. Dieser Etat bindet den Kriegsminister, mag er der Landesvertretung vorgelegt sein oder nicht, und er wird durch seine Kollegen und die Oberrechnungskammer kontrolirt, mag die Zustimmung der Landesvertretung dazu erreicht sein oder nicht. Schon im Abgeordnetenhause habe ich gesagt, daß ich an dem Pauschquantum kein sonderliches Gefallen habe. Ich verlange das gesetzliche Gebundensein an einen fixirten Etat, wir sind daran in Preußen gewöhnt, und ich habe kein Verlangen, kein Interesse, aus der Tasche zu wirthschaften, wie es mir beliebt. Die Pauschsumme ist aber kein Militär-Abonnement, wie es in Hannover bestand. Dieser Ausdruck deutet darauf hin, daß der Kriegsminister die Verwaltung gegen ein Pauschale in Entreprise genommen, und es wird sich wohl Niemand in einem großen Staate finden, der den Muth dazu hätte. Die Kontrole des Finanzministers ist nothwendig und sie wird von Niemand, auch vom Finanzminister nicht, als unleidliche Schranke empfunden. Gefahren gehen daraus für uns nicht hervor, eben wegen der doppelten Kontrole, so wenig, wie das Budgetrecht dadurch beeinträchtigt wird. Das Budgetrecht des preußischen Landtages beruht auf der preußischen Verfassung, aber nur auf dieser; hier soll eine neue Verfassung geschaffen werden. Da Art. 109 der preußischen Verfassung der Regierung die Einnahme zuführt, so ist dort die Gefahr nicht groß, hier aber werden die Einnahmen in Frage gestellt, dieser Gefahr möchte ich mich nicht aussetzen, und bitte alle Patrioten, sich das zu überlegen. Gewisse Ausgaben sind unter allen Umständen zu leisten, so die für die Armee. Die jährliche Bewilligung macht eine wohlfeile Verwaltung, die einer Disposition auf mehrere Jahre bedarf, nicht möglich. So baut man bekanntlich am theuersten, wenn man lange baut, und die Militärverwaltung wird theuer bauen, wenn sie je nach den jährlichen Bewilligungen im Ordinarium langsam bauen muß. Kann sie disponiren, so kann sie auch sparen. Der Abg. Miquel hat aus meinen „Erläuterungen" herausgelesen, daß die 225 Thlr. das Ordinarium des Militäretats bestreiten, also die baulichen Ausgaben nicht. Aber unser Etat führt auch im Ordinarium dergleichen auf. Reichen die 225 Thlr. nicht aus, so werden wir uns für extraordinäre Bedürfnisse an den Reichstag wenden. Vorläufig machen wir den Versuch und zeigen den guten Willen, so sparsam zu sein, daß wir damit reichen. Ich befürchte auch in dem Falle nicht die Verbitterung des Reichstags, wenn er in der gehobenen patriotischen Stimmung bleibt wie jetzt. Der Hr. Abg. Miquel spricht von der schlechten Verwaltung, die in Hannover einriß, weil man dort den Etat nicht regelmäßig bewilligte. Sollte Sie bei uns je einreißen, so werde ich der Erste sein, der eine strengere Kontrole verlangt. Aber einstweilen verdient sie noch das Vertrauen, das sie seit Jahrhunderten besitzt. Die 225 Thaler sehe ich an als die Minimalbedingung für die Armee, als wichtigste Einrichtung, die von allen Stimmungen und Parteivoten unabhängig gestellt werden muß wie im Deichverbande die Forderung für die Erhaltung des Deiches allen anderen vorangeht. Mit Freude habe ich das Bekenntniß früherer Irrthümer in Bezug auf die Vortrefflichkeit, oder wie es mir zu sagen ziemt, die Brauchbarkeit der Reorganisation vernommen und daß kein Reichstag mit Grund und Recht die Existenz der Armee gefährden könne. Aber Gründe finden sich immer und über das Recht denkt man leider sehr verschieden. Darum fasse ich kein Vertrauen, wenn nicht durch Paragraphen festgestellt wird, was Rechtens ist. Was das Amendement v. Forckenbeck betrifft, so werden wir von Ihrer Freigebigkeit weiteren Gebrauch machen. (Heiterkeit.) Um nützlich zu sein, ist die Frist zu kurz; schon die zehnjährige ist willkürlich. Ich glaube keine Indiskretion zu begehen, wenn ich sage, daß unsere Militär-Konventionen mit den Staaten, die das Reserve-Armeekorps stellen und ihnen eine Erleichterung gewähren, auf eine siebenjährige Frist zur allgemeinen Ueberwindung der Prägravationen berechnet ist, die doch keinem Mitgliede des Bundes zuzumuthen ist, und dasselbe gilt auch von einigen anderen deutschen Staaten. Die übrigen Amendements schützen uns vor der Gefahr in's Leere zu fallen. Meine Herren, das konstitutionelle Leben beruht auf Kompromissen, aber des Vaterlandes Wohl darf ich nicht kompromittiren. (Lebhafter Beifall.) — Abg. **Twesten**: Es handelt sich hier nicht um auswärtige Politik, sondern um eine konstitutionelle Frage vom höchsten Gewicht und wir müssen unterscheiden zwischen den Forderungen des Augenblicks und dem dauernden Recht des Vaterlandes. Die Existenz der Armee ist immer geschützt durch den gesunden Menschenverstand und das Recht. Bei dem Konflikt, auf den Niemand in so provozirender Weise zurückkommt, wie der Abg v. Vincke (Zustimmung), handelte es sich nicht um gesetzlich bestehende, sondern um neue Einrichtungen. Wir aber nehmen offen die Reorganisation an, die dreijährige Dienst-, die vierjährige Reservezeit nebst allen Einrichtungen, Reglements u. s. w., Konzessionen, von denen ein Theil den Konflikt unmöglich gemacht hätte. Nun verlangt man mehr, und auch dies Mehr wollen ich und meine Freunde für eine gewisse Zeit, nur nicht für immer zugestehen. (Redner führt mit Berufung auf den Brief v. d. Heydt aus, daß die 225 Thaler pro Kopf einen Mehrbedarf gegen alle früheren preußischen Etats bedeuten, wie auch früher immer weniger als ein Prozent ausgehoben sei.) Die preußische Regierung wird nach wie vor das Geld aus den Einnahmen in ihrem Kasten haben, nur noch mehr Geld als sonst; werden doch jetzt Anleihen im Betrage von 57 Millionen kontrahirt. Johannes Müller sagt: Anerkennung des urkundlichen Rechtes verbürgt Sicherheit und Ruhe; und wir dürfen nicht im Moment der Erregung Rechte aufgeben, die man später mit schweren Kämpfen wird wiedergewinnen müssen. — Bundeskommissar, Staatsminister v. **Roon**: Ich will ausdrücklich mit der Deutlichkeit, die mir zu Gebote steht, erklären, daß ich primo loco den Verfassungsentwurf unverändert angenommen zu sehen wünsche, daß mir nächstdem das Amendement des Fürsten zu Solms erwünscht wäre, wenn die Regierungsvorlage nicht zur Annahme käme, weil dasselbe alle Bedenken beseitigt, die mir in dieser Angelegenheit vorschweben; einmal wird die kurze Periode angemessen ausgedehnt und wir fallen nicht in das Leere, wie wenn die Bestimmungen des gestern angenommenen Art. 56 unverändert und unreformirt bleiben, wo es heißt: „für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt." Wenn die Bundesgesetzgebung nicht eintreten sollte, so muß doch, bis sie eintritt, irgend ein Zustand da sein. In so fern ist mir dies Amendement angenehm. Ebenso das des Freiherrn v. Moltke, das auch im Wesentlichen und ohne Beschränkung der Zeitdauer die Bedenken erledigt, die mich erfüllen. Die sodann noch vorliegenden Amendements der HH. v. Vincke, v. Bennigsen und Falk stehen im engsten Zusammenhange. In diesem Zusammenhange würden sie mir alle drei nicht feindselig erscheinen. Das Amendement Falk ist von dem Herrn Präsidenten vorhin verlesen worden. Sodann möchte ich bemerken, daß Tribünenerklärungen und die individuellen Auslassungen der Redner, welche diesen Platz gerade inne haben, nimmermehr einen rechtlichen Zustand schaffen und nimmermehr eine Garantie geben, welche spätere Zwistigkeiten ausschließt. Ich habe schon vorhin bemerkt, daß das, was gestern Herr Lasker, Herr v. Sybel, Herr v. Forckenbeck und ich weiß nicht wer noch gesagt haben in Bezug auf die Einführung der Reorganisation, vollauf anzuerkennen ist. Aber deswegen, weil die Herren hier ihre Anerkennung auf der Tribüne ertheilen und ihre Auslassungen in den stenographischen Bericht kommen, geben sie noch keine Unterlage für die Rechtsfrage. Es genügt mir also auch das, was Herr Twesten so eben erklärt hat, in dieser Beziehung keineswegs. (Redner geht sodann auf die finanziellen Deduktionen des Vorredners ein und bemerkt, daß in den 44 Millionen des Voranschlages für den letzten preußischen Militär-Etat nur das Ordinarium, nicht aber das Extraordinarium enthalten sei, daß also die Berechnung der Quote Seitens des Vorredners nicht vollständig richtig sei.) Ich habe dabei eine kleine Vorahnung bekommen von den Annehmlichkeiten der Budgetberathung, die die Herren beabsichtigen; ohne daß noch irgend ein Budget vorliegt, hat der Herr schon alle die Mängel im Voraus divinirt, die sich vielleicht in der Etats-Aufstellung finden konnten. Wenn er schließlich noch einmal auf den bekannten Brief zurückgekommen ist, um zu beweisen, daß solche Briefe Zeugniß ablegten für die immer mehr sich steigernden Bedürfnisse der Militär-Verwaltung, so hat er in der That damit nichts gesagt, was mir nicht vollauf bekannt wäre. (Heiterkeit.) Aber wenn Sie einen Blick in die Repositorien und Bureaux werfen könnten, so würden sie finden, daß dergleichen Briefe, wie der berühmte oder aber berüchtigte, zu Hunderten geschrieben worden sind. Und es kann auch nicht anders sein. Ich bin meiner Natur nach oder meiner Stellung, meinem Amte nach auf das Begehren angewiesen (Heiterkeit) und der Finanzminister auf das Verweigern; zwischen Angebot und Nachfrage findet immer eine eben solche Wechselwirkung, wie zwischen Verlangen und Gewähren statt. Das Pikante an diesem ganzen Vorgange war nur, daß der fragliche Brief gestohlen worden war. (Große Heiterkeit.) — Abg. v. **Blanckenburg**: Glauben Sie dem Abg. Twesten kein Wort! (Heiterkeit) Diese Anträge sind nicht so unverfänglich. Wenn sie durchgehen, dann hört am 31. Dezember 1871 die Friedensstärke des Heeres auf (Widerspruch); wenigstens hört sie auf, Gesetz zu sein. Die Herren von der national-liberalen Fraktion sind gewählt, die Politik des Grafen Bismarck zu unterstützen. Machen Sie nicht, daß ihre beiden Namen auseinanderfallen; die Arme, sie blos als eine liberale zu empfangen, sind freilich sehr geöffnet. Man hat gesagt: Wir sollen uns vor der Bornirtheit des Partikularismus schützen, ja, schützen Sie sich lieber vor der Bornirtheit der einfachen Partei-Interessen und vor dem Fanatismus, ihnen Alles zu opfern, lassen Sie uns in Wahrheit das Vaterland höher stellen, als die Partei. (Bravo rechts.)

Der Schluß der Debatte wird angenommen. — Es folgt eine Fluth von persönlichen Bemerkungen.

Präsident Graf **Bismarck**: Ein Herr Vorredner (Herr Duncker, Berlin) hat so eben geäußert, das Ministerium, an dessen Spitze ich zu stehen die Ehre habe, hätte im vorigen Jahre ein verwegenes und sehr gewagtes Spiel gespielt, welche schließlich die Tapferkeit des Volkes gewonnen hätte, und hat dadurch in Fortsetzung der Verdächtigungen, die das hier citirte Blatt vor wie nach dem Kriege keinen Augenblick angestanden hat, auf das Ministerium zu häufen, uns beschuldigt, wir hätten damals willkürlich die Ehre, die Freiheit und die Unabhängigkeit Preußens in ein Wagniß hineingeworfen, welches er als ein Spiel bezeichnete, das wir hätten vermeiden können. Ich weise diese Verdächtigung, die mir heute nicht zum ersten Male entgegentritt, die ich aber noch nicht Gelegenheit fand, öffentlich und mit Energie zurückzuweisen, auf das Bestimmteste als eine unwahre Partei-Erfindung zurück. Wir waren in der Lage, gegen unberechtigte, lang vorbereitete Angriffe, gegen eine unberechtige Majorisirung Preußens am Bunde, gegen eine Gefahr, welche nur mit Bajonneten abgewendet werden konnte, in ehrlicher Selbstvertheidigung, in der Nothwehr zum Degen zu greifen, und das Wort „Spiel" darauf anzuwenden — ich will den Ausdruck, der mir kam, nicht gebrauchen — er paßt nicht. (Lebhaftes Bravo.)

Bei der Abstimmung wird das Amendement Kratz abgelehnt, das v. Forckenbeck und Alinea 1 der Regierungsvorlage angenommen, der Zusatzantrag des Fürsten Solms abgelehnt, der des Abg. v. Moltke bei Stimmenzählung mit 139 gegen 130, bei namentlicher Abstimmung mit 138 gegen 130 Stimmen abgelehnt, das Amendement Falk wird in Zählung mit 133 gegen 128 Stimmen abgelehnt, das v. Bennigsen desgleichen, endlich der Artikel 58 mit dem Amendement v. Forckenbeck im Ganzen angenommen. (Der Antrag v. Vincke ist zurückgezogen.) — Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

— Das „L. T." meldet unterm 3. April: Wie sehr ernst es den deutschen Südstaaten ist, in militärischen Dingen sich dem norddeutschen Bunde rasch anzuschließen, geht auch daraus hervor, daß, wie wir aus sicherster Quelle erfahren, von Baiern eine Bestellung

von 100 Stück Feldgeschützen ganz nach preußischem System bei dem Bochumer Verein gemacht worden ist.

— Bisher wurde es jungen Leuten verstattet, bei dem See-bataillon sich zu der Offizierkarrière für diese Waffe auszubilden. Für die Folge hört jedoch eine derartige Vergünstigung auf, da der Offiziererſatz des Bataillons fernerhin aus dem Landheere erfolgen soll.

Hannover, 5. April. Die telegraphische Verbindung zwischen der Marienburg und dem Centralbahnhof zu Nordstemmen ist beseitigt und die hannöverschen Telegraphenbeamten auf letzterer Station sind durch altpreußische ersetzt. Offenbar gehört diese Maßregel zu denen, welche Graf Bismarck in seiner Antwort auf Münchhausens Klagen in Aussicht stellte und die dazu dienen sollen, die Fäden abzureißen, welche auf der Marienburg gesponnen werden.

München, 4. April. Es wird als bestimmt mitgetheilt, daß dem Staatsminister v. Bombard alsbald nach seiner Rückkehr der allerhöchste Wunsch mitgetheilt werden wird, er möge unter den obwaltenden Verhältnissen um Enthebung von seinem Portefeuille nachsuchen. Man wird wohl annehmen dürfen, daß Hr. v. Bomhard dem sofort entsprechen werde. Der K. Kriegsminister, Generalmajor Frhr. v. Prankh, wird veranlaßt werden, sein Enthebungsgesuch zurückzunehmen und hat dem auch schon entsprochen.

Ausland.

Wien, 5. April. In Ofen dauern die Minister-Konferenzen noch immer fort. Daß es sich dort hauptsächlich um die kroatische Frage handelt, beweist unter Anderem der Umstand, daß außer dem Frhrn. v. Beust auch der kroatische Hofkanzler, Feldzeugmeister Baron Kussevich, gestern daselbst eingetroffen ist. Bekanntlich gehen die Anschauungen der Magyaren und der Kroaten in dieser Frage weit auseinander, und eine im vergangenen Jahre aus beiden Landtagen, dem Pesther und dem Agramer, zusammengesetzte Regnikolar-Depuatation hat keinen Kompromiß erzielt. Deak soll nun beabsichtigen, ein letztes Angebot an die Kroaten zu richten. Ueber den Inhalt desselben gehen der „N. Pr. Ztg." aus guter Quelle folgende interessante Andeutungen zu. Ungarn verlangt von Kroatien: Einheit der Königskrönung (also keine besondere Krönung des Kaisers als König von Kroatien, Slavonien und Dalmatien); Einheit des bei der Krönung von dem Könige auszustellenden Inaugural-Diploms, in welchem die Verfassungsrechte des Landes garantirt werden (also soll das ungarische Diplom auch für Kroatien geltien); endlich Einheit der ungarisch-kroatischen Deputation zu Regelung der gemeinsamen Reichsangelegenheiten. In allen anderen Dingen soll Kroatien freie Hand haben. Mit dem kroatischen Lieblingsgedanken, der Herstellung des „dreieinigen Königsreiches" (Kroatien, Slawonien, Dalmatien), wäre das obige Programm Deaks allerdings nicht vereinbar.

— In einigen Theilen Ungarns soll jetzt eine Theuerung herrschen, wie man sie früher nie daselbst kennen gelernt hat. So berichtet man uns aus Komorn, daß daselbst jede Kartoffel mit einem Kreuzer bezahlt wird, für einen preußischen Thaler also jetzt dort 150 Stück Kartoffeln zu haben sind. In demselben Verhältniß stehen die übrigen Nahrungsmittel, so z. B. kostet eine Gans dort 7 Fl. 30 Kr. Eine junge Berlinerin, die seit Kurzem sich nach Komorn verheirathet hat, entwirft auch in gesellschaftlicher Hinsicht ein so trübes Bild von den dortigen sozialen Verhältnissen, daß man trotz aller sogenannten schlechten Zeit sich dennoch sehr glücklich in Berlin fühlen muß.

Gravenhaag, 3. April. Gestatten Sir mir, Ihnen einige Mittheilungen über die luxemburgische Frage zu machen, die mir von einer Seite kommen, welche unterrichtet sein kann. Nicht von Frankreich aus ist dieser Handel angeregt worden, sondern von hier aus, aber nicht von dem Könige Wilhelm, wie man in deutschen Blättern liest, sondern von der holländischen „Angst-Partei", welche in Luxemburg nur eine Verlegenheit für die Niederlande sieht, welche fürchtete, mit Preußen wegen Luxemburg in Kollision zu kommen. Sie glauben nicht, wie weit die Angst mancher Leute vor Preußen hier geht, und wie groß die Thorheit derselben in Folge dessen ist. Der König ist durchaus nicht für den Verkauf; aber er glaubte den Niederlanden, seinem Königreich, dieses Opfer bringen zu müssen. Von hier aus wurde die Sache angeregt, aber man will doch einigermaßen bedenklich geworden sein über die Art, wie die Sache in Paris behandelt worden ist. Vorläufige Verhandlungen haben also stattgefunden, aber es wird als unrichtig (?) bezeichnet, daß der Vertrag bereits paraphirt gewesen, wenn man Kaufsumme nennt u. dgl. m. So weit war man noch nicht, und ich glaube fast, daß der König der Niederlande die Haltung Preußens, an der die Sache scheiterte, als eine Befreiung von einer unheimlichen Verstrickung empfunden hat.

London, 4. April. Die Besorgniß vor einer Störung des europäischen Friedens ist hier wieder im Steigen. Die Korrespondenten aus Paris, die sich häufiger und zwangloser über die politischen Gemüthsbewegungen der Franzosen auszusprechen pflegen, als der Berichterstatter der „Times", schildern den Eindruck des ins Stocken gerathenen Luxemburger Geschäfts in drastischer Weise, und tragen dadurch eben nicht zur Beruhigung des Publikums bei. Thiers — bemerkt der „Daily News-Korrespondent — war viel zu sanguinisch, als er sagte, daß kein einziger Fehler mehr zu begehen übrig sei. Der — jetzt eingestandenermaßen fehlgeschlagene — Versuch, Luxemburg zu annektiren, war ein furchtbarer Fehler, dessen Folgen sich schwer ermessen lassen. Der Kaiser hat es mit seinen Intriguen dahin gebracht, daß er jetzt nur zwischen einem grauenhaften Kriege und bitterer Demüthigung zu wählen hat. In dem Handel mit dem Könige von Holland lag etwas Schmähliches . . . Solch ein schnödes Geschäft anzuknüpfen und nicht ausführen zu können, hat etwas Klägliches. Der Kaiser hatte seinen unverantwortlichen Schreibern von der Cassagnac-Klasse befohlen, zu erklären, daß der Handel abgeschlossen sei und die Luxemburger sich zu Tode sehnen, französisch zu werden. Vor zwei Tagen gab es nicht einen halbamtlichen Redakteur in Paris, der nicht privatim, wie in seinem Blatt behauptete, daß die Sache abgemacht sei. Und nun kommt der amtliche Widerruf im Haag, in Berlin, in Luxemburg, und an letzterem Ort Illuminationen und große Freude darüber, daß die angebliche Sehnsucht nach französischer Herrschaft ungestillt bleiben soll. Dann die bittere Ironie, mit der Graf Bismarck in seiner Beantwortung der Bennigsen'schen Interpellation von den Prätensionen Frankreichs sprach. . . . Das Maaß ist voll.

Lissabon. Wie unterm 4. telegraphirt wird, hat der König nur deswegen seine Reise zur Pariser Ausstellung aufgeschoben, weil sein Vater, König Ferdinand, sich geweigert hat, Angesichts der Agitation, in welcher sich das Land befindet, die Regentschaft zu übernehmen.

Newyork, 23. März. Nach Berichten aus Veracruz über Galveston, bis zum 15. März gehend, hatten die letzten Franzosen sich am 12. eingeschifft. Die Liberalen schlossen die Stadt enge ein und die Kaiserlichen hielten sich noch in Tampico. Es hieß, Juarez stehe im Begriffe, den französischen Einwohnern die Alternative zu stellen, entweder das Land zu verlassen oder naturalisirte Bürger der Republik zu werden.

Pommern.

Stettin, 8. April. Ein hiesiger hochbejahrter Tischlergeselle, der während der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Herberge in der Pelzerstraße auf einer Bank übernachtete, wurde gestern früh dort als Leiche gefunden. Er ist muthmaßlich vollständig schmerzlos und unzweifelhaft eines natürlichen Todes gestorben. Die Leiche ist nach dem Krankenhause geschafft worden.

— Gestern Nachmittag wurde der 5jährige Sohn des Gastwirthes Aßmus in der Lindenstraße von einer leeren Droschke übergefahren und erlitt dabei einige indessen nicht erhebliche Verletzungen. Der Führer der Droschke, welcher unbekümmert um den Unglücksfall weiter fuhr, wurde von dem in jener Straße stehenden Wachtposten angehalten und seine Persönlichkeit festgestellt.

— Gestern Mittag war der Lehrling eines in der Wollweberstraße wohnhaften Bäckers im Keller mit Holzspalten beschäftigt, als ein in demselben Hause wohnender Schornsteinfegergeselle sich ebenfalls in den Keller begeben wollte. Er glitt hierbei auf der Treppe aus, fiel so, daß er mit dem linken Fuß auf dem Holz lag, welches der Lehrling durchspalten wollte, und da letzterer im Augenblick des Falles gerade zum Hiebe ausgeholt hatte, traf der fallende Hieb den oberen Theil des Fußes jenes Gesellen. Der sofort herbeigerufene Arzt erklärte die Verwundung für nicht unbedeutend und ordnete den Transport des Verletzten nach dem Krankenhause an.

— In der Nacht zum 6. d. Mts. wurde beim Chaussee-Einnehmer Petermann auf der Berliner Chaussee ein Einbruch verübt. Der bisher nicht ermittelte Dieb hat eine Stallwand eingeschlagen und aus dem Stalle einen Hahn und 7 Hühner gestohlen.

— Vorgestern erschien ein junges Mädchen in einem hiesigen Putzgeschäft unter dem Vorgeben, dort einen Hut kaufen zu wollen. Kurz nach deren Entfenung, ohne daß sie etwas gekauft hatte, bemerkte die Geschäfts-Inhaberin, daß ihr drei Strohhüte gestohlen seien. Die bisher nicht ermittelte Diebin war mit braunem Kleide und einem abgetragenen grauen Umschlagetuch bekleidet.

— Dem Kreisrichter Hartmann in Demmin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt worden.

— S. M. Briggs „Musquito" und „Rover" haben am 2. d. Mts. von Toulon aus die Rückreise angetreten.

— Das „Justiz-Ministerial-Blatt" (Nr. 14 vom 5. April) publizirt ein Erkenntniß des Königlichen Ober-Tribunals vom 1. Februar 1867, wonach der Thatbestand eines „unrichtigen Zeugnisses über den Gesundheitszustand eines Menschen" im Sinne des §. 257 des Strafgesetzbuches auch dann vorhanden ist, wenn das zum Gebrauche bei einer Behörde oder Versicherungsgesellschaft ausgestellte ärztliche Attest lediglich die Thatsache einer stattgehabten Schwangerschaft unrichtigt bezeugt. Ferner ein Erkenntniß desselben Gerichtshofes vom 8. Februar 1867, daß „Eine Klassensteuer-Einschätzungs-Kommission bei Ausübung ihrer Funktionen desjenigen Schutzes des Staates genießt, welcher den übrigen Beamten und Behörden zugesichert ist.". Und sodann ein Erkenntniß des Königlichen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 12. Januar 1867, welches lautet: Das Recht des Fiskus, gewisse Forderungen mit Ausschließung des Rechtsweges durch Exekution einzuziehen, hat seine Bedeutung nur dem Exequendus gegenüber, nicht gegen dritte Personen, mit denen der Fiskus in Berührung tritt, weil sie mit ihm aus demselben Exekutions-Objekt ihre Befriedigung suchen.

Stadt-Theater.

Die letzten Abende brachten uns zwei Gastspiele der Dresdener Hofsängerin, Frl. Haenisch, beide in zweier unserer beliebtesten Opern. Am ersten Abend hörten wir Mozarts „die Hochzeit des Figaro"; der Gast spielte die Susanne, am zweiten hörten wir „Martha" von Flotow, der Gast spielte die Titelrolle. Uns haben beide Abende voll befriedigt, namentlich war der letzte Abend ausgezeichnet. Fräul. Haenisch hat eine kräftige und klangvolle Stimme, die auch in den höchsten Tönen nie schreiend wird, dazu eine treffliche Schule. Jeder Ton setzt sicher und klar ein, nie ein Ziehen und Umhersuchen des Stimmorgans, ehe es den reinen Ton findet, und bleibt, so lange er auch gehalten wird, rein und klar. Die Triller und Läufe, alle Koloraturen kommen leicht und ungezwungen hervor und entzücken das Ohr. Die Aussprache ist deutlich und rein, das Spiel durchdacht und überall dem Charakter getreu. Die Susanne war schelmisch übermüthig, die Martha dem Charakter der Lady entsprechend vornehm gemessen, dann aber wieder weich und voll Seelenadel. Wir können die Leistung der Künstlerin zu den besten in dieser Saison zählen.

Auch die anderen Sänger und Sängerin waren zu loben, namentlich heben wir Hrn. Vary als Lyonel und das Spiel des Hrn. Hochheimer als Plumkett hervor. Uns ward dadurch von neuem bestätigt, daß es kein Vortheil für eine Bühne ist, wenn täglich neue Stücke gegeben werden, sondern daß ein gutes Stück um so anlockender und erquicklicher ist, je öfter man es hört und je mehr die Spieler eingeübt sind.

Neueste Nachrichten.

Luxemburg, 5. April. Ein hier so eben veröffentlichtes Telegramm des Herrn v. Tornaco aus dem Haag vom heutigen Tage lautet: Nichts ist entschieden. Die Angelegenheiten nehmen eine der Erhaltung unserer Selbstständigkeit günstige Wendung.

Wien, 6. April. Die Landtage von Böhmen, Mähren und Krain sind heute eröffnet worden. In den verschiedenen Versammlungen wurde ein an den Ministerpräsidenten Freiherrn von Beust gerichtetes Kaiserliches Handschreiben verlesen, durch welches die Landtage wiederholt zu der Vornahme von Reichstagswahlen aufgefordert werden.

Paris, 5. April. Die „Presse" erfährt, daß die Kabinette von London und Petersburg auf die Anfrage, bezüglich auf Luxemburg, geantwortet hätten, sie hielten sich nicht für berechtigt, dem Könige von Holland wegen Luxemburgs Vorstellungen zu machen, da nach Auflösung des deutschen Bundes der König von Holland nicht mehr durch die Traktate von 1839 gebunden sei.

Paris, 6. April, Abends. Im heutigen Abendgeschäft auf dem Boulevard ward die Rente in Folge beunruhigender Gerüchte zu 66, 00 angeboten. Man sprach von einer nach Berlin gegangenen Note, erzählte, daß Marschall Mac Mahon nach Paris berufen sei und befürchtete eine kriegerische Wendung unserer Politik.

Florenz, 6. April. Der König hat Rattazzi mit Bildung des Ministeriums beauftragt, nachdem General Menabrea wegen des Todes seines Sohnes abgelehnt hatte.

Florenz, 6. April. Beim Empfang der von beiden Kammern überreichten Adressen theilte der König mit, daß er Rattazzi mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt habe, welches die Versöhnung zwischen Regierung und Parlament herbeiführen solle. Der König hob ferner hervor, daß von allen augenblicklich vorliegenden Aufgaben die Finanzfrage die wichtigste sei; er sei von der Bedeutsamkeit derselben derart durchdrungen, daß er sie persönlich zum besonderen Gegenstande seiner Prüfung mache.

Petersburg, 7. April. Das „Journal de St. Pétersbourg" sagt Angesichts der überstürzten Urtheile der inländischen Presse über die Abtretung der russischen Besitzungen in Nordamerika, daß man erst die Details, die Ursachen und die Tragweite dieser Angelegenheit kennen müsse. Vorläufig könne man blos sagen, daß eine für beide Theile vortheilhafte und die erworbenen Rechte achtende Transaktion wahrscheinlich sei. Es würde sich darum handeln, die ostsibirischen Häfen zu begünstigen, den Kolonien, welche wir nicht gebührend auszubeuten vermochten, Aufschwung zu geben und den beiderseitigen handelspolitischen Interessen im stillen Ocean vollkommene Genugthuung zu gewähren.

Athen, 5. April. Ricciotti Garibaldi ist mit 150 Gefährten über Korfu nach Italien abgereist. Die Zuzüge fremder Freischaaren nach Griechenland haben aufgehört.

Konstantinopel, 6. April. Omer Pascha wird statt des Ober-Kommandos in Thessalien das in Kandia übernehmen.

Der hiesige russische Gesandte, General-Lieutenant und General-Adjutant des Kaisers von Rußland Ignatieff, ist zum Range eines außerordentlichen Botschafters erhoben.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

München, 8. April. Die „Baierische Zeitung" konstatirt, daß der König eine vierwöchentliche Reise beabsichtigt habe; das Reiseprojekt sei aber Angesichts der ernsten sich gestaltenden politischen Verhältnisse allsogleich definitiv aufgegeben.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 6. April, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Johanna, Arends, von Sunderland; Gesina, Deboer, von Bari. Wind: NW. Strom eingehend. Strom eingehend. Revier $14\frac{3}{4}$ F. 2 Schiffe in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. April. Witterung: regnigt. Temperatur + 7° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber 84—88 Rt bez., weißer und rother 85—90 Rt bez., geringer 72—83 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $86\frac{1}{2}$, 87, $86\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Br., $86\frac{1}{2}$ Gd., Mai-Juni 86 Rt Br., Juni-Juli 85 Rt bez., $85\frac{1}{2}$ Rt Br., Juli-August $84\frac{1}{2}$ Rt Br., 84 Rt bez., Septbr.-Oktober 79 Rt bez. u. Br.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 53—56 Rt bez., Frühjahr $53\frac{3}{4}$, $\frac{7}{8}$ Rt bez., 54 Br., Mai-Juni $53\frac{3}{4}$ Rt bez., $\frac{7}{8}$ Br., Juni-Juli $54\frac{1}{2}$ Rt Gd., Septbr.-Oktober 51 Rt Gd. u. Br.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer loco pr. 50pfd. 30—$30\frac{1}{2}$ Rt bez., 47—50pfd. Frühjahr $30\frac{1}{2}$ Rt Br. u. Gd.

Erbsen loco Futter- 52—54 Rt bez., Koch- $56\frac{1}{2}$—58 Rt bez.

Rüböl flau, loco 11 Rt Br., April-Mai $10\frac{7}{8}$ Rt Br., $\frac{5}{6}$ Gd., Mai 11 Rt bez. u. Br., September-Oktober $11\frac{7}{12}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez. u. Br.

Spiritus weichend, loco ohne Faß $16\frac{7}{12}$ Rt bez., Frühjahr $16\frac{13}{24}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez., Mai-Juni $16\frac{2}{3}$ Rt Br., Juni-Juli $16\frac{19}{24}$ Rt bez.

Angemeldet: 50 Wspl. Hafer, 100 Ctr. Rüböl.

Stettin, den 8 April.

Hamburg ···	6 Tag.	$151\frac{1}{2}$ G	St. Börsenhaus-O. ·	4	—
„ ···	2 Mt.	$150\frac{7}{8}$ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam ·	8 Tag.	$143\frac{3}{8}$ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„ ·	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London ····	10 Tag.	6 $24\frac{1}{2}$ B	St. Strom-V.-A. ···	4	—
„ ····	3 Mt.	6 23 B	Pr. National-V.-A. ·	4	115 B
Paris ····	10 Tg.	$81\frac{1}{6}$ bz	Pr. See-Assecuranz	4	—
„ ····	2 Mt.	$80\frac{3}{4}$ B	Pomerania ·······	4	116 B
Bremen ···	3 Mt.	—	Union ··········	4	$102\frac{1}{2}$ B
St. Petersbg.	3 Wch.	$88\frac{5}{8}$ B	St. Speicher-A. ···	5	—
Wien ······	8 Tag.	—	Ver.-Speicher-A. ··	5	—
„ ·······	2 Mt.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	625 B
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	N. St. Zuckersied. ··	4	—
Sts.-Anl. 5457	$4\frac{1}{2}$	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
„ „	5	—	Bredower „	4	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	Walzmühle ······	5	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf. ·	4	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	200 B
„ „	4	—	St. Dampfschiff-V. ·	5	—
„ Rentenb.	4	—	Neue Dampfer-C. ··	4	93 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Germania ·······	4	100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	Vulkan ··········	4	91 B
„ Prior.	4	—	St. Dampfmühle ··	4	100 B
„ „	$4\frac{1}{2}$	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
Starg.-P. E.A.	$4\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{2}$ G	Chem. Fabrik-Ant. ·	4	—
„ Prior.	4	—	St. Kraftdünger-F. ·	—	—
St. Stadt-O. ·	$4\frac{1}{2}$	98 B	Gemeinn. Bauges. ··	5	—

Wir haben in neuester Zeit mehrmals Anschreiben erhalten, ohne daß sich der Verfasser genannt hat. Den unbekannten Einsendern erlauben wir uns zu bemerken, daß dergleichen anonyme Schreiben von uns ungelesen und unbeachtet dem Papierkorbe übergeben werden, während wir auf andere Schreiben, deren Verfasser sich nennen, jederzeit gerne zur Antwort bereit sind. D. Red.